

Wahlprogramme von fünf wichtigen Parteien zu branchenrelevanten Fragen **A Zusammenfassungen (blau sind Anmerkungen)**

AFD

Die Lkw-Maut soll in ihrer Logik eine eher theoretische Anpassung bekommen. Die Einnahmen sollen ausschließlich in den Verkehr fließen (*wohl auch Schiene usw.*). Keine indologische Verkehrspolitik, die z.B. Dieselfahrzeuge diskriminiert. Kein generelles Tempolimit (120/30), und keine Pkw-Maut. Abschaffung Umweltzonen und Rundfunkgebühren.

CDU/CSU

Weiter hohe Investitionen in Infrastruktur. Vernetzung und Digitalisierung für mehr Effizienz. Kein generelles Tempolimit auf Autobahnen, aber Reduzierung der Unfälle und Folgen. Stärkung Güterverkehr über die Schiene.

Individuelle Mobilität gesundheitsverträglicher machen, aber keine generellen Fahrverbote in Städten. Mobilitätsmix, Sharing, Verkehrsfluss verbessern, E-Mobilität u.a. 50.000 Ladesäulen, Förderungen technologieoffen (nicht nur E-Mobilität), Ansatz im Fuhrpark der öff. Hand und Taxen. Rundfunkgebührenmodell erhalten.

(Pkw- und Lkw-Maut sind nicht enthalten)

FDP

Schwerpunkt Infrastruktur (aus 50 Milliarden Einnahmen ist das nötig finanzierbar). Mehr in Straßenverkehr, aber vor allem Schiene. Digitalisierung für automatisiertes und autonomes Fahren voranbringen (*eher nur Schlagworte*), Stärkung und verbesserte Nutzungsmöglichkeiten ÖPNV.

Keine Pkw-Maut, keine generellen Tempolimits, Halbierung der Rundfunkfinanzierung (*Lkw-Maut nicht enthalten*).

DIE GRÜNEN

(ausführlichstes Programm zu branchenrelevanten Themen):

Klimaschutz steht ganz vorn. Mobilität ja, aber zuvorderst ohne Auto: Mobilitätswende, alle Fahren öffentlich, Fahrrad oder laufen. Wenn Auto, dann eher geteilt, ohne Verbrennungsmotor und teuer, Verteuerung der fossilen Energie. Für Blaue Plaketten (Einfuhrverbote). Fokus auf Bus, Bahn, Fahrrad -> Beenden der einseitigen Ausrichtung auf Straßenverkehr.

Verkehrsvermeidung durch Stadtentwicklung, generelle Tempolimits (30/120).

Fahrzeuge der öffentlichen Hand müssen umweltfreundlich werden.

Ausbau Infrastruktur E-Mobilität, strenge Verbrauchs-/Schadstoff-Grenzwerte sollen Industrie auf alternative Antriebe zwingen.

Statt Kfz-Steuer Bonus/Malus-System für umweltfreundliche Fahrzeuge, ab 2030 nur noch abgasfreie Autos erlaubt.

Vereinheitlichung Tarifmodelle und ein Mobilpass für alle ÖPNV.

Keine „ausländerfeindliche“ Pkw-Maut (*aber streckenabhängige Pkw-Maut? Keine Angaben dazu im Programm, obwohl politisch gewollt?*).

Lkw-Maut auch unter 7,5 Tonnen und auf allen Fernstraßen.

Steuern auf Flugzeugtreibstoff, statt dessen Bahnverkehr verbilligen.

SPD

Die SPD möchte Mobilität nachhaltig gestalten. Der ÖPNV soll gestärkt werden, leichter zugänglich.

Alternative Antriebe sind zu fördern, Auto soll emissionsfrei werden, Grenzwerte über EU steuern.

Lkw-Maut über 7,5 Tonnen auf allen Fernstraßen, aber nicht unter 7,5 Tonnen. Maut soll in die Infrastruktur fließen. Güterverkehr soll mehr über die Schiene laufen.

Radwege sollen ausgebaut werden.

B Aus den Wahlprogrammen (wichtig erscheinendes in rot)

AFD

14.1 Verkehr

Im Schienenverkehr braucht unser Land ein gut ausgebautes und aufeinander abgestimmtes Nah- und Fernverkehrsnetz. Die Eisenbahninfrastruktur muss in der Hand des Bundes verbleiben. **Die LKW-Maut muss nach tatsächlicher Fahrbahnbelastung durch schwere Achslasten erhoben werden**, dabei ist pro Fahrzeug die Anzahl der Achsen und deren Achslast zu erfassen. Jeder Euro der LKW-Maut muss zusätzlich in die Infrastruktur fließen.

Eine ideologisch geleitete Verkehrspolitik, die bestimmte Verkehrsmittel bevorzugt oder diskriminiert, z.B. Dieselfahrzeuge, lehnt die AfD ab.

Deshalb wenden wir uns auch **gegen ein flächendeckendes Tempolimit und erfolglose Umweltzonen**. Umweltzonen haben nachweislich nicht zur Reduzierung der Feinstaubemission beigetragen. Sie sind daher abzuschaffen.

Die Infrastruktur unseres Landes wurde jahrzehntelang vernachlässigt und ist in vielen Teilen marode. Die AfD will deshalb ein bundesweites „**Konjunkturprogramm Infrastruktur**“ (KPI) auflegen. Ziel des KPI ist die Sanierung und der Ausbau von Schienen, Straßen, Wasserwegen, Brücken und öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Kindergärten, Theatern und Museen.

Im Einzelnen fordern wir:

- Erhalt der Substanz und Beseitigung von Engpässen im Straßen- und Schienennetz,
- ein Konjunkturprogramm Infrastruktur,
- keine Öffentlich-Private Partnerschaft (ÖPP) bei Projekten der öffentlichen Infrastruktur,
- Erstellung eines Verkehrskonzepts für den Güterfernverkehr unter Berücksichtigung moderner Logistikkonzepte,
- Einbeziehung aller Verkehrsträger in einen neuen Bundesverkehrsplan, keine PKW-Maut sowie Novellierung der LKW-Maut,
- Abschaffung der Umweltzonen,
- kein flächendeckendes Tempolimit auf Autobahnen,
- ein nationales Flughafenkonzept.

9.5 Medien

Der gegenwärtige öffentlich-rechtliche Rundfunk wird durch Zwangsbeiträge finanziert, ist mit einem Jahresbudget von über neun Milliarden Euro viel zu teuer und wird in einer Weise von der Politik dominiert, die einer Demokratie unwürdig erscheint. Die AfD setzt sich dafür ein, die Rundfunkanstalten grundlegend zu reformieren.

Der Rundfunkbeitrag ist abzuschaffen, damit in Zukunft jeder Bürger selbst und frei entscheiden kann, ob er das

öffentlich-rechtliche Angebot empfangen und bezahlen will.

Der neue Bürgerrundfunk soll ein schlankes Medium sein, welches sich auf objektive Berichterstattung sowie kulturelle und bildende Inhalte fokussiert. Das Angebot wird überwiegend verschlüsselt/passwortgeschützt, sodass nur noch freiwillige Zahler Zugang haben. Um den Einfluss der Politik – egal welcher Ausrichtung – zu reduzieren, sollen insbesondere die **gesellschaftlichen Vertreter in den Kontrollgremien durch freie und demokratische Wahlen vom Bürger bestimmt** werden.

CDU/CSU

Verkehrsinfrastruktur erneuern und ausbauen

Deutschland ist weltweit Vorzeigeland für seine Infrastruktur. Das ist die Grundlage unserer internationalen Spitzenposition bei Lebensqualität, Arbeit, Wachstum und Wohlstand. Wir wollen unsere **Straßen, Schienen und Wasserwege daher weiter stärken** und fit machen für die Verkehrszuwächse der Zukunft.

Wir haben in dieser Wahlperiode unsere Investitionen in die Infrastruktur um 40 Prozent auf Rekordniveau gesteigert. Diese **hohen Mittel für Infrastruktur wollen wir mindestens verstetigen**. Der neue Bundesverkehrswegeplan bietet eine hervorragende Grundlage für die weiteren Maßnahmen.

Auf dieser Politik bauen wir auf. Wir wollen, dass Züge pünktlicher ankommen und Menschen weniger im Stau stecken. Dadurch gehen auch Lärm- und Abgasbelastungen durch den Verkehr zurück. Die **Vernetzung der unterschiedlichen Verkehrsträger** bietet hierfür großes Potenzial.

Wir werden auch weiter Straßen, Autobahnen und Brücken sanieren, neue Projekte realisieren und vorhandene Lücken schließen. Wir wollen **Erleichterungen erzielen bei der Planung und Durchführung von Infrastrukturprojekten** sowie beim Abrufen von Fördermitteln. CDU und CSU werden, wo immer möglich und vertretbar, die Dauer von Planungsverfahren durch Entbürokratisierung verkürzen. Dazu werden wir ein Planungsbeschleunigungsgesetz verabschieden. Bei Ersatzneubauten sollen die Verwaltungsgerichtsverfahren auf eine Instanz beschränkt werden. Für besonders wichtige Projekte werden wir deshalb einzelfallbezogen die Planungs- und Genehmigungsverfahren verkürzen. Dabei orientieren wir uns an den positiven Erfahrungen, die bei den Verkehrsprojekten Deutsche Einheit gemacht wurden.

Ein **generelles Tempolimit auf deutschen Autobahnen lehnen wir ab**. Lkw-Neufahrzeuge sind mit einer vom Fahrer nicht abschaltbaren **automatischen Bremseinrichtung** auszurüsten, die Auffahrunfälle verhindert. Mit gezielten Maßnahmen, die aufgrund der örtlichen Gegebenheiten erforderlich sind, wollen wir die **Zahl der schweren Unfälle und Verkehrstoten reduzieren**.

Sicherheit im Verkehr ist für uns von großer Bedeutung.

Unser Ziel beim Ausbau der Infrastruktur ist und bleibt: Mehr Mobilität bei weniger Lärm. Wir haben seit 2013 eine Rekordsumme in Lärmvorsorge und -schutz investiert. Das setzen wir fort. Beim **Lärmschutz** auf Bundesstraßen und Autobahnen haben wir durch die Errichtung von Lärmschutzwänden und den Einsatz von Flüster-Asphalt große Fortschritte gemacht.

...

Wir wollen, dass Deutschland Logistikweltmeister bleibt. Wir werden deshalb den **Güterverkehr stärken**. Dazu schaffen wir verbesserte Wettbewerbsbedingungen für das umwelt- und klimafreundliche System Schiene. Die Senkung der Trassenpreise im Schienengüterverkehr werden wir konsequent weiterverfolgen. Gleichzeitig schreiben wir den mit unserer Transport- und Logistikwirtschaft entwickelten Maßnahmenkatalog zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit fort. Dabei geht es u. a. um die bedarfsgerechte Erweiterung und Modernisierung des Parkplatzangebots für LKW an Bundesautobahnen.

...

In Zukunft werden **integrierte Verkehrssysteme** eine überragende Bedeutung haben. Gerade junge Menschen in Städten und Ballungsräumen setzen zunehmend auf verzahnte Konzepte, die individuelle und öffentliche Verkehrs-

und Kommunikationssysteme miteinander verbinden. Durch die enormen Möglichkeiten der Digitalisierung wird es künftig zur Entstehung völlig neuer Mobilitätskonzepte kommen. Deutschland soll auch in diesem Bereich führend sein.

Wir nutzen die **Potenziale der Digitalisierung** für den Öffentlichen Personennahverkehr – und machen ihn so noch attraktiver: Mit einem **deutschlandweit einheitlichen digitalen Ticket**: Einfach, schnell und unbürokratisch. Wir wollen unsere Verkehrsverbünde intelligent vernetzen und in einem System zusammenführen. Es soll eine App und **ein digitales Ticket geben, mit dem Fahrgäste überall in Deutschland fahren können**. Im Schienenverkehr wollen wir innovative Technologien testen und die Elektrifizierung wichtiger Bahnstrecken vorantreiben.

...

Mobilität für alle

Für den Wirtschaftsstandort Deutschland und für die Lebensqualität jedes Einzelnen sind eine funktionierende Infrastruktur und Mobilität von großer Bedeutung. Dies gilt für ländliche Räume ebenso wie für Ballungsräume und die große Stadt. Individuelle Mobilität muss genauso verfügbar sein wie die Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs oder der Bahn.

Dies wird dauerhaft nur möglich sein, wenn wir die Anliegen von **Mobilität und Umweltschutz nicht als Gegensatz** begreifen. Insbesondere in Städten und Ballungsräumen sind die **Belastungen durch Stickoxide (NOX)** teilweise immer noch über den vorgeschriebenen Grenzwerten. Dies können und werden wir nicht hinnehmen, denn wir wollen die Gesundheit und die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger umfassend schützen. CDU und CSU stehen dafür ein, dass die Umweltbelastung der Städte schnell und deutlich reduziert und die **europäischen Normen wieder eingehalten** werden. Dies wollen wir bis **spätestens 2020** erreichen. Dazu bedarf es eines klugen Vorgehens und einer großen Kraftanstrengung.

Wir wollen für jede betroffene Stadt einen individuellen Reduktionsplan, dessen Umsetzung regelmäßig überprüft wird.

Der NOX- und Feinstaubbelastung wollen wir durch gezielte Verkehrsstrategien begegnen, die Politik, Kommunen und Automobilhersteller gemeinsam erarbeiten.

Generelle Fahrverbote für bestimmte Fahrzeugtypen lehnen wir ab.

Bis sich die Elektromobilität endgültig durchgesetzt hat, bleiben **moderne Dieselfahrzeuge** aufgrund ihres geringen CO²-Austoßes eine **wichtige Option**. Die Potenziale der Digitalisierung werden wir auch im Verkehrssektor nutzen – unter anderem durch die intelligente Vernetzung verschiedener Verkehrsangebote und die **Shared Mobility**. Durch die **Vernetzung von Ampeln und Fahrzeugen** wird der Verkehrsfluss in den Städten verbessert werden, wodurch Verbrauch und Schadstoffausstoß ebenso sinken wie die Wegezeiten.

Wir unterstützen die Antriebswende im Verkehr und verfolgen eine **technologieoffene Gesamtstrategie zur Förderung des Markthochlaufs alternativer Kraftstoffe und Antriebe wie der Elektromobilität und der Brennstoffzelle**. Die Förderung des Aufbaus einer **flächendeckenden Lade und Tankinfrastruktur**, die alle Regionen für die Elektro- und Wasserstoffmobilität erschließt, führen wir fort – und errichten **50 000 Ladesäulen in ganz Deutschland**.

Wir wollen die Elektromobilität vor allem in den Städten deutlich ausbauen. Nach dem Vorbild des Street-Scooters der Deutschen Post wollen wir die **Umrüstung der Fuhrparks von Behörden, Handwerksbetrieben und Taxiunternehmen, von Bussen und Bahnen** energisch vorantreiben und fördern. Dadurch erreichen wir diejenigen Fahrzeuge mit einer besonders großen Fahrleistung und reduzieren dadurch den Schadstoffausstoß überproportional.

Die Entwicklung des automatisierten Fahrens wird dazu führen, dass öffentliche Verkehrsmittel flexibel per Knopfdruck verfügbar sind. Wir werden erreichen, dass **Deutschland beim autonomen Fahren international Innovationsführer** wird.

Wir erwarten von den betroffenen Städten, dass sie auch die **Fahrrad-Mobilität fördern**, ähnlich wie dies in den Niederlanden oder in der Stadt Münster der Fall ist. Gerade junge Menschen sind häufig bereit, auf Fahrräder umzusteigen. Der Bund wird den Fahrradverkehr und den Radwegebau weiter fördern. Wir starten ein Programm zur Förderung von Radschnellwegen, die unabhängig von vorhandenen Bundesstraßen verlaufen.

Kultur

Wir **bekennen uns zur gewachsenen dualen Medienordnung von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk**. Wir wollen unseren Auslandssender, die Deutsche Welle, weiter stärken und für eine auskömmliche Aufgabenfinanzierung sorgen.

FDP

Moderne Mobilität braucht moderne Infrastruktur

Mobilität ist Teil der persönlichen Freiheit. Jeder Einzelne, die Gesellschaft und die Wirtschaft, ist auf eine moderne Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Aber Stau, kaputte Straßen und fehlende Verbindungen sind allgegenwärtig. Zur Freiheit gehört auch, ohne Gängelei selber zu entscheiden, welches Verkehrsmittel man benutzt, und neue Mobilitätskonzepte ausprobieren zu können. Machen wir den Weg frei.

Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur

Wir Freie Demokraten wollen die **Investitionen des Bundes in die Verkehrsinfrastruktur erhöhen** und damit die jahrelange Unterfinanzierung dort beenden.

Denn heute verlieren wir viel zu viel Lebens- und Arbeitszeit, weil Straßen, Brücken oder Schienen nicht saniert oder ausgebaut werden: Der Staat nimmt jedes Jahr über 50 Milliarden Euro an Steuern und Abgaben aus dem Straßenverkehr ein. Aber nur etwa ein Fünftel davon fließt in Verkehrsinvestitionen. Angesichts bröckelnder Straßen und Brücken ist das zu wenig.

Der Bund muss deutlich mehr Mittel für Verkehrswege bereitstellen. Und das nicht nur für Bundesautobahnen oder -fernstraßen, sondern auch für den schienengebundenen ÖPNV. Wir wollen zudem, dass der Bund in den nächsten 20 Jahren jeweils zwei Milliarden Euro in einen Fonds zur Sanierung der Verkehrsinfrastruktur einzahlt. Denn Kommunen und Länder können den Sanierungsstau bei ihren Verkehrswegen nicht allein beheben. Die Planung von wichtigen Verkehrsprojekten in Deutschland dauert zu lange, ist oft ineffizient und teuer. Wir Freie Demokraten wollen die Planungsprozesse optimieren und mehr Transparenz im Zusammenhang mit der Nutzung des Verbandsklagerechtes. Berechnungen und Prognosen zeigen, dass die von der Großen Koalition beschlossene Pkw-Maut in keinem Verhältnis steht. Voraussichtlich übersteigen die Verwaltungskosten sogar die Einnahmen. Deshalb **lehnen wir die Pkw-Maut ab**.

Digitalisierungsoffensive im Verkehrswesen

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine **Digitalisierungsoffensive im Verkehrswesen** ein. Damit wollen wir den Verkehr hierzulande mit mehr Digitalisierung wieder auf die Überholspur bringen. Ob auf der Straße, Schiene, über Wasser oder in der Luft – überall bieten sich durch intelligente Verkehrssysteme und Mobilität 4.0 mit vollautomatisiertem und autonomem Fahren große Chancen: Innovative neue Entwicklungen im Verkehrswesen dürfen durch bestehende Monopolregelungen nicht behindert werden. Wir Freie Demokraten sehen autonomes Fahren als Chance für selbstbestimmte Mobilität und gesellschaftliche Teilhabe für diejenigen, deren Mobilität derzeit eingeschränkt ist. Autonom fahrende Verkehrsmittel bieten zudem neue Perspektiven für die Attraktivität des ländlichen Raumes. Drohnen sind eine Chance insbesondere für den Rettungseinsatz in ländlichen Gebieten. Daher fordern wir, die derzeit bestehenden gesetzlichen Beschränkungen von Drohnen im Zusammenhang mit Rettungseinsätzen

abzuschaffen. Wir fordern zudem, dass der öffentliche Personennah- und Fernverkehr seine aktuellen Fahrplandaten in standardisierter, maschinenlesbarer Form, der Öffentlichkeit frei verwendbar, zur Verfügung stellen muss. Auch die Verkehrssteuerung muss endlich modernisiert werden, um unnötige Staus zu vermeiden. So wollen wir unter anderem den Ausbau intelligenter Verkehrsbeeinflussungsanlagen vorantreiben: Ampeln sollen vermehrt bedarfsgesteuert geregelt und mit Countdown-Anzeigen ausgestattet, sowie grüne Wellen effektiv umgesetzt werden. Wir befürworten die Zulassung von Lang-Lkw, sofern die Strecke baulich dafür geeignet ist. Ein **generelles Tempolimit auf Autobahnen sowie die weitere Absenkung allgemeiner Höchstgeschwindigkeiten (wie beispielsweise innerorts flächendeckend auf 30 km/h) lehnen wir ab.**

Öffentlich-rechtlichen Rundfunk reformieren

Wir Freie Demokraten fordern eine **Neudefinition** des Auftrages des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, verbunden mit einer Verschlankung. Die Gebühreneinzahlerinnen und Gebühreneinzahler sollen aber keine Doppelstrukturen finanzieren, wie sie bei 60 eigenständigen Hörfunkprogrammen unvermeidbar und bei sich ähnelnden Sendungen im Fernsehen offenkundig sind. Deshalb wollen wir eine grundlegende Modernisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vorantreiben, die sich in der Struktur und dem Angebot an den Bedürfnissen der Menschen orientiert, die ihn bezahlen. Wir fordern eine Refokussierung auf die Themen Bildung, Kultur und Information. Dazu gehört auch, dass dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk die Möglichkeit gelassen werden muss, eigen- und auftragsproduzierte Inhalte länger in den Mediatheken vorzuhalten, sofern dafür die Rechte vorhanden sind und angemessen vergütet werden. Über eine Präzisierung des Grundversorgungsauftrages mit Fokus auf „Public Value“ und eine klare Aufgabenbeschreibung möchte die FDP erreichen, dass der **Rundfunkbeitrag nicht nur stabil bleibt, sondern mittelfristig auch auf die Hälfte gesenkt** werden kann.

DIE GRÜNEN

Aus Einleitung

Wir wollen Deutschland zum ökologischen Spitzenreiter machen. Wir sind die erste Generation, die die Auswirkungen der Klimakrise spürt – und die letzte, die etwas dagegen tun kann. Deswegen braucht es jetzt ein großes sozial-ökologisches Modernisierungsprojekt. **Mit allem, was wir haben, kämpfen wir für Klimaschutz: Erneuerbare Energien werden mit uns günstiger, fossile teurer.** So machen wir die Energiewende wieder flott und steigen schnellstmöglich aus der klimaschädlichen Kohle aus, wir fördern das abgasfreie Auto und den umweltfreundlichen Verkehr.

Saubere Luft in Städten

Um die Luft in Städten sauberer zu machen und Fahrverbote zu vermeiden, wollen wir, dass alle **manipulierten Autos auf Kosten der Autoindustrie so umgerüstet** werden, dass sie die Grenzwerte auch im Realbetrieb einhalten. Für die Folgeerkrankungen sollen die Hersteller Verantwortung übernehmen, die Kosten sollen nicht immer auf die Gesellschaft abgewälzt werden. Mit der **blauen Plakette** sollen Kommunen die Möglichkeit bekommen, die Mobilität zum Schutz der Gesundheit ihrer Bürgerinnen und Bürger zu steuern. Wir wollen neben dem öffentlichen Verkehr sowie dem Radverkehr **emissionsfreie Mobilität** besonders bei Fahrzeugen fördern, die viel in Innenstädten unterwegs sind.

WIR SORGEN FÜR SAUBERE, BEZAHLBARE UND BEQUEME MOBILITÄT

Wir sind jeden Tag unterwegs – zur Arbeit oder zum Einkaufen, wir besuchen weit entfernte Verwandte und fahren in den Urlaub. Mobil zu sein, gehört zu unserem Leben. Wir GRÜNE wollen es für jede und jeden einfach machen, sein Ziel so umweltfreundlich und nachhaltig wie möglich zu erreichen. Verkehr 2017 heißt: Immer mehr Menschen steigen um auf **Bus, Bahn und Fahrrad** – vor allem in den Städten. Der öffentliche Nahverkehr erreicht neue Fahrgastrekorde. Fahrradfahren und der Verkauf von E-Bikes boomen. Carsharing meldet immer höhere Nutzer*innenzahlen. Die Menschen stimmen „mit den Füßen“ ab und trotzen den oft noch widrigen Zuständen. Verpasste Anschlusszüge, überfüllte Busse und Straßenbahnen sind genauso wie trostlose Bahnhöfe und schlechte Fuß und Radwege häufig traurige Realität. Gerade in ländlichen Regionen fehlt ein attraktiver und flächendeckender Nahverkehr. Für viele heißt Verkehr 2017 deswegen immer noch in erster Linie Auto fahren, auch da es zu oft keine Alternativen gibt. Gleichzeitig verfügen Teile unserer Gesellschaft, wie zum Beispiel Frauen, ältere Bürger*innen und Menschen mit Behinderung, aber auch Jugendliche viel seltener über ein eigenes Auto und sind daher zwangsläufig auf einen guten ÖPNV angewiesen. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass die **Menschen in Zukunft mit ÖPNV, mit der Bahn, auf sicheren Rad- und Fußwegen und mit sauberen Autos** ihre Ziele umweltfreundlich erreichen können. So werden auch unsere Städte lebenswerter und grüner. Verkehr 2017 heißt leider auch immer noch: **70 Prozent aller klimaschädlichen Emissionen kommen in unseren Städten aus dem Verkehr**, zwei Drittel aller Bürger*innen fühlen sich durch Verkehrslärm belastigt. Stickoxide und Feinstaub verursachen Atemwegserkrankungen. An vielen Kreuzungen in Großstädten übersteigt die Schadstoffbelastung die zulässigen Grenzwerte. Staus addieren sich im Jahr auf eine Gesamtlänge von einer Million Kilometer. Verkehr zu vermeiden oder zu verlagern, wird Landschaft zubetoniert, werden Lärm und Abgase erzeugt und immer mehr Ressourcen verbraucht. Auf jeden neuen vermeintlichen Engpass reagiert der Verkehrsminister mit dem Aus- und Neubau von Straßen. Überteuerte Prestigeprojekte wie Stuttgart 21 graben gezielten Investitionen in eine verlässliche Alltagsmobilität das Wasser ab. Überflüssige Regionalflughäfen werden durch Millionensubventionen künstlich am Leben gehalten.

Wir GRÜNE denken Mobilität neu mit Lebensqualität, ohne Lärm, Dreck und Stau. Und dort, wo wir regieren, setzen wir das gemeinsam mit grünnahen Bewegungen um. So hat das Netzwerk Volksentscheid Fahrrad in Berlin dafür gesorgt, dass sich bei der städtischen Verkehrswende was dreht. In Berlin bringt die grüne Verkehrsverwaltung gemeinsam mit den Radfahrer*innen ein Radgesetz als Teil eines Mobilitätsgesetzes auf den Weg. Baden-Württemberg prescht voran beim **Ausbau der Infrastruktur für die E-Mobilität**. Wir laden alle ein, an der Verkehrswende aktiv mitzuwirken. Während die Große Koalition in den 1960er-Jahren stecken geblieben ist und ihre Verkehrspolitik weiterhin nur auf das Auto ausrichtet, wollen wir in ein neues, zukunftsfähiges und vielfältiges Mobilitätsangebot investieren. Dazu gehört für uns ein dichtes und modernisiertes Bahnnetz, das Pünktlichkeit und aufeinander abgestimmte Anschlüsse in ganz Deutschland – und dort wo möglich auch grenzüberschreitend in ganz Europa – garantiert. Ebenso gehören dazu sichere und schnelle Wege für alle Fahrradfahrer*innen von jung bis alt, leise Autos ohne Auspuff und mit Fahrspaß sowie die Stromtankstelle gleich um die Ecke. Wir setzen uns dafür ein, dass auch der Fußverkehr endlich eine angemessene Wertschätzung und finanzielle Förderung erfährt. Unser Ziel sind nachhaltige und familienfreundliche Mobilität statt immer mehr Verkehr. Das bedeutet: **saubere Autos und mehr Car- und Bikesharing, ein besseres Zug- und ÖPNV-Angebot für alle in der Stadt und auf dem Land**. Unser öffentlicher Personenverkehr muss von allen genutzt werden können – deshalb streiten wir dafür, dass er barrierefrei gestaltet wird. Wir wollen bessere Fußwege und mehr Raum zum Spielen und Flanieren in unseren Städten, bessere Luft zum Atmen. Alle sollen wieder ruhig schlafen können, auch in der Nähe von Flughäfen, Bahnstrecken und viel befahrenen Straßen. Gemeinsam mit den Bürger*innen wollen wir die Verkehrswende einleiten.

Erhalt vor Neubau, Schiene vor Straße, mehr Geld für Radwege und neue Mobilitätskonzepte

Die **Bedingungen für den Verkehr in Deutschland sind derzeit einseitig auf das Auto ausgerichtet. Das wollen wir ändern**, damit unsere Mobilität zukunftsfähig wird. Mit einem Bundesnetzplan anstelle des straßenlastigen Bundesverkehrswegeplans beenden wir GRÜNE das derzeitige Chaos in der Verkehrsplanung. Wir setzen auf: Erhalt vor Neubau, **Schiene vor Straße**, mehr Geld für Radwege. An den Bundesverkehrswegen wollen wir eine Million neue Bäume pflanzen. Verkehrsinfrastruktur als Daseinsfürsorge darf **nicht privatisiert** werden, auch nicht indirekt durch ÖPP oder wie bei der jetzt geplanten Bundesfernstraßengesellschaft. Wir **lehnen die europafeindliche und bürokratische Ausländermaut ab und wollen sie schnellstmöglich wieder abschaffen**. (Anmerkung: aber PKW-Maut nach Strecke?)

Wir schaffen faire Wettbewerbsbedingungen für alle Verkehrsträger. Während jeder Zug auf jedem Streckenkilometer Trassengebühren bezahlen muss, ist nur knapp ein Prozent des Straßennetzes mautpflichtig. Wir wollen alle **Lkw ab 3,5 Tonnen und schrittweise das gesamte Straßennetz der Bundes- und Landesstraßen in die Lkw-Maut** einbeziehen. Das ist verursachergerecht, denn ein einziger voll beladener 40-Tonner verschleißt Straßen und Brücken so stark wie mehrere zehntausend Pkw. Sogenannte Gigaliner lehnen wir ab. Die Emissionen des Flugverkehrs tragen erheblich zur CO₂-Belastung bei. Deshalb müssen **Fluggesellschaften endlich gerecht besteuert** werden: Es ist nicht einzusehen, warum Airlines von der **Kerosinsteuer** befreit sind. Das wollen wir beenden. Der Einsatz von billigem Schweröl für Fracht- und Kreuzschiffe muss drastisch eingedämmt werden.

....

Damit man überall einfach von A nach B kommt, ist es unser Ziel, die 130 Verkehrsverbände in Deutschland miteinander zu verknüpfen. Einfach einsteigen und losfahren, ohne sich im Tarifschungel zu verirren und lange Fahrpläne zu studieren. Mit dem grünen MobilPass schaffen wir die Möglichkeit, die eigene Reise durch ganz Deutschland genau wie das Pendeln zur Arbeit mit einer einzigen Smartcard oder App zu buchen und zu bezahlen – von Tür zu Tür. Gleichzeitig bleiben anonym und analog verkaufte Fahrkarten erhältlich.

Die Fahrgäste sollen dann auch überall in Deutschland verschiedene Verkehrsmittel vernetzt nutzen und kombinieren können: Busse, Bahnen, Fähren, Taxis, Carsharing und Leihräder. Wir wollen den MobilPass so gestalten, dass andere Länder sich daran beteiligen können. Wir setzen uns dafür ein,

dass es möglich wird, europäische Zugtickets über mehrere Länder hinweg einfach und bezahlbar online zu buchen.

Grüne Mobilität ist ökologisch und sozial. Um sie für alle bezahlbar zu gestalten, wollen wir kostengünstige Tarife für Schüler*innen, Bezieher*innen von Transferleistungen, Auszubildende und Senior*innen. Wir wollen, dass Regelsätze so ausgestaltet werden, dass sie die Kosten von Sozialtickets decken. Auch alle, die wenig Geld haben, sollen sich über Sozialtickets Mobilität ohne eigenes Auto leisten können. In der entscheidenden Lebensphase der Familiengründung wollen wir junge Eltern mit einem Elternzeit-Ticket unterstützen. Wir wollen eine **grüne Verkehrswende**, die alle mitnimmt. Mobilität sichert gesellschaftliche Teilhabe. Darum stehen wir einem umlagefinanzierten ÖPNV offen gegenüber. Wir wollen die rechtlichen Hürden für Kommunen abbauen und mit Modellprojekten in der nächsten Legislatur bundesweit zehn Kommunen fördern, die auf einen umlagefinanzierten und kostenfreien ÖPNV umsteigen wollen.

Gute Bahn für alle

Entscheidend für die Verkehrswende sind gute Bahnen – im Fern- und im Nahverkehr. Wir GRÜNE wollen den öffentlichen Verkehr stärken und die Fahrgastzahlen verdoppeln. Wir wollen mehr Gütertransport auf Schiene und Wasserstraße und so die Straßen entlasten. Dafür schaffen wir eine bessere Wettbewerbssituation für die klimafreundlichen Verkehrsträger. Milliarden Euro werden derzeit in **Subventionen für Diesel, Dienstwagen und Flugverkehr oder für überflüssige Straßen** und Flugplätze **verschwendet**. Das ist ökologisch enorm schädlich. Wir wollen **stattdessen Schienennetze und den Nahverkehr** in Stadt und Land ausbauen und barrierefrei gestalten. Mit dem „Zukunftsprogramm Nahverkehr“ wollen wir das Angebot und die Qualität vor Ort mit jährlich einer Milliarde Euro verbessern.

...

Weil Schnellbahn- wie auch Regionalbahnstrecken grenzüberschreitend selten ausgebaut sind, entscheiden sich Menschen **im europäischen Verkehr viel zu häufig für das Flugzeug oder das Auto**. **Das wollen wir ändern**. Die Bahn soll zu einer attraktiven Alternative im europäischen Verkehr werden. Wenn der Zugverkehr zuverlässig und reibungslos funktioniert, ist das Zufahren für viele die erste Wahl.

Wir wollen, dass dabei mindestens alle Großstädte wieder im Fernverkehr angefahren werden. Wir wollen eine Bahnreform in Angriff nehmen, die die Interessen der Fahrgäste in den Mittelpunkt stellt und ein vielfältiges und attraktives Angebot auf der Schiene entstehen lässt. Das **Bahnfahren und der Güterverkehr sollen billiger** werden, dafür wollen wir die Trassenentgelte senken. Durch die Reform muss das Netz von den Transportgesellschaften der DB AG sauber getrennt und in neutrale staatliche Verantwortung überführt werden. So schaffen wir die Voraussetzung für mehr Verkehr auf der Schiene. Auf dem Schienennetz ist Elektromobilität längst bewährte Praxis. Allerdings nur auf etwa 60 Prozent des Netzes. Wir wollen diesen Anteil mit einem Elektrifizierungsprogramm rasch erhöhen und den Einsatz alternativer Antriebe und sparsamere Fahrzeuge im Schienenverkehr fördern. Wir wollen mehr Güter auf der Schiene transportieren und setzen uns für eine intelligente Kombination der Transportmöglichkeiten ein.

Das Auto der Zukunft fährt ohne Abgase

Selbstverständlich werden wir auch morgen noch mit Autos unterwegs sein – mit dem eigenen, mit dem gemieteten oder dem geteilten. Gerade im ländlichen Raum sind die Alternativen Carsharing und ÖPNV noch nicht ausreichend. Aber es werden **insgesamt weniger Autos** sein und sie werden mit **Strom aus Sonne und Wind oder Wasserstoff statt mit Diesel und Benzin** angetrieben. Mit emissionsfreien Fahrzeugen machen wir den Autoverkehr klima- und umweltfreundlicher. Ziel muss es sein, einen erfolgreichen Technologiewandel einzuleiten. Nur mit innovativen Antrieben werden unsere Automobilhersteller wettbewerbsfähig bleiben und zugleich wertvolle Arbeitsplätze in der Automobilindustrie erhalten. Das wirksamste **Instrument sind ambitionierte CO2-Grenzwerte**, also Verbrauchsgrenzen, die auch auf der Straße eingehalten werden. Aus industrie- und

klimaschutzpolitischen Gründen muss die nächste Bundesregierung ein klares Ziel setzen: Ab 2030 sollen nur noch abgasfreie Autos neu zugelassen werden. Das Zeitalter der fossilen Verbrennungsmotoren ist dann zu Ende. Elektromobilität als Chance für eine klimafreundliche Mobilität ist aber mehr, als nur den Verbrennungsmotor in Autos durch einen Elektromotor zu ersetzen. Dafür werden wir Elektromobilität im Straßenverkehr gezielt stärken durch eine Förderung aller **Kommunen, die ihren innerstädtischen Logistikverkehr auf E-Fahrzeuge und Lastenfahrräder umstellen, sowie durch zeitlich befristete finanzielle Zuschüsse für Elektro-Nahverkehrsbusse, Elektroautos und Elektrolastenfahrräder**. Wir wollen die **Dieselbusflotte schnellstmöglich auf Elektrobusse umrüsten**. Außerdem werden wir die Forschung an den Mobilitätstechnologien der Zukunft verstärkt unterstützen. Für eine gerechte Finanzierung wollen wir die **Kfz-Steuer reformieren** und ein Bonus-Malus-System für Neuwagen einführen. **Wer viel CO₂, NO_x und Feinstaub-Emissionen verursacht, zahlt dann mehr**. Wir GRÜNE wollen die **Besteuerung von Dienstwagen künftig an den CO₂-Ausstoß koppeln** und verbrauchsarme Pkw deutlich besserstellen. Unsere Autos sollen nicht nur im Labor die vorgeschriebenen Grenzwerte einhalten. Was zählt, ist der Verbrauch auf der Straße. Anders als die Große Koalition, die den Betrug der Autokonzerne an Umwelt und Verbraucher*innen gedeckt und vertuscht hat, finden wir GRÜNE uns nicht damit ab, dass Abgasvorschriften für Pkw nur auf dem Prüfstand eingehalten werden. Wir werden diesen Schwindel und die bewusst in Kauf genommene Verletzung unserer Gesundheit beenden. Abgas- und Verbrauchstests müssen realistisch und ihre Ergebnisse nachvollziehbar werden. Die Autoindustrie muss auf ihre Kosten Fahrzeuge nachbessern, sowohl die schon im Betrieb befindlichen als auch entsprechende Neufahrzeuge wie zum Beispiel die der Euro-6-Norm, die nicht ihre Grenzwerte auf der Straße einhalten. Wir wollen, dass unabhängige Institutionen wirksame Kontrollen schaffen. Kommunen brauchen zusätzlich Unterstützung, um Grenzwerte für bessere Luft auch durchzusetzen. Wir GRÜNE geben ihnen rechtliche Instrumente an die Hand, Umweltzonen zu stärken, zum Beispiel durch die Einführung einer blauen Plakette. Städte und Kommunen sollen mehr verkehrsrechtliche Möglichkeiten bekommen, innerstädtischen Verkehr zu lenken, zu begrenzen und sicherer zu machen. Dazu sollen sie zum Beispiel das Recht bekommen, innerorts eigenständig und unbürokratisch über die Einführung von Tempobeschränkungen wie **Tempo 30** zu entscheiden. Wir fordern, dass Kommunen leichtere Möglichkeiten bekommen, bauliche Verkehrsberuhigung auf überregionalen Straßen umzusetzen. Zudem wollen wir es Kommunen rechtlich ermöglichen, neue Konzepte wie zum Beispiel in Stockholm oder London anzuwenden, um den ÖPNV zu stärken. Wir wollen Verkehrssicherheit für alle Nutzer*innen des öffentlichen Raumes. Deshalb streben wir die Vision Zero an – das Ziel, die Zahl der Verkehrstoten auf null zu reduzieren. Zu schnelles Fahren ist kein Kavaliersdelikt, sondern eine tödliche Gefahr, gegen die wir mehr tun müssen. Dazu fordern wir ein **Tempolimit auf Autobahnen von 120**.

Unser Straßenverkehr stößt an Grenzen. Viele Städte sind mit Autos zugesperrt und leiden unter Luftbelastung und Verkehrslärm. Wir nehmen uns Städte wie Paris, Oslo und Zürich zum Vorbild und **begrünen die Innenstädte**. Denn ruhiger Verkehrsfluss, ausreichend Platz für Spiel und Bewegung sowie Natur inmitten der Stadt sprechen für eine hohe Lebensqualität. Dazu zählt auch, dass wir **Verkehr durch sinnvolle Siedlungsentwicklung und Ansiedlungspolitik vermeiden** möchten. Wir wollen Maßnahmen ausbauen, um die Falschparkenden zurückzudrängen. Für unsere Mobilität im Alltag gibt es gute Lösungen – und die Menschen wollen sie. Über 80 Prozent der Deutschen fordern eine Verkehrsplanung, die auf mehr Fuß- und Radwege setzt, Carsharing-Angebote ausweitet und den öffentlichen Nahverkehr ausbaut. Der nationale Radverkehrsplan muss endlich umgesetzt und finanziell unterlegt werden. Bequem, bezahlbar und ohne Parkplatzsuche von A nach B kommen können in einer Stadt der kurzen Wege – das sind Ziele einer modernen Verkehrspolitik. Teil davon ist die Errichtung von Radschnellwegen oder die Umnutzung von Straßenraum etwa für temporäre Spielstraßen.

Wir müssen jetzt die Weichen für einen klugen Umgang mit autonomen Fahrzeugen stellen. Auf der einen Seite bestehen Gefahren – wie zusätzlicher Verkehr oder die Verdrängung von Schienenverkehr. Gleichzeitig sehen wir viele Vorteile in Bezug auf Verkehrssicherheit, die Stärkung des ÖPNV durch autonome Busse oder die Reduzierung von Lärm und Flächenverbrauch. Besonders öffentliche Nahverkehrsbetriebe müssen sich aktiv mit dieser Entwicklung auseinandersetzen.

Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:

Wir wollen die **grüne Mobilität voranbringen**: Dafür führen wir den MobilPass ein. Mit einer Smartcard oder App werden sämtliche Angebote des öffentlichen Verkehrs wie auch Car- und Bikesharing abrufbar sein. Urlaubsreisen genauso wie der Weg zur Arbeit können so aus einer Hand gebucht und bezahlt werden – ohne langes Studium von Tarif- und Nutzungsbedingungen. Nahtlos, kinderleicht und günstig. Mobilität für alle heißt für uns: Allen Menschen, die mit wenig Geld auskommen müssen, machen wir besonders günstige Angebote. Wir achten da bei auf Barrierefreiheit und breite Zugangsmöglichkeiten für Bürger*innen jeden Alters. Das Investitionsprogramm „Zukunftsprogramm Nahverkehr“ schafft ein verbessertes Angebot im ÖPNV – auf dem Land und in der Stadt. Den Fernverkehr verknüpfen wir optimal mit den Anschlüssen des Regional- und Nahverkehrs – mit dem Deutschland-Takt. Dieser Taktfahrplan macht deutschlandweit alle Ziele nahtlos und verlässlich erreichbar.

Ab 2030 sollen nur noch abgasfreie Autos zugelassen werden.

Wir GRÜNE wollen, dass zukunftsfähige Fahrzeugtechnik weiterhin in Deutschland entwickelt und produziert wird. Für uns GRÜNE ist die Entscheidung deshalb klar: Ab 2030 sollen nur noch abgasfreie Autos neu zugelassen werden. Dafür sind jetzt die steuerlichen, fiskalischen und infrastrukturellen Voraussetzungen zu schaffen. So kann Deutschland die Klima- und Umweltziele erfüllen und die Industrie ihre Entwicklungsarbeit verlässlich auf die gesamte Elektromobilität ausrichten. Wer an Diesel- und Ottomotoren festhält, hemmt die Fahrzeugindustrie, sich fit für das 21. Jahrhundert zu machen.

Radverkehr ausbauen – **mehr Platz für das Fahrrad**

Immer mehr Menschen nutzen das Rad, weil es schnell, preiswert und bequem ist. Wir wollen die Infrastruktur für Fahrräder deutlich verbessern. Der Bund muss dabei mehr Verantwortung übernehmen. Gemeinsam mit Ländern und Kommunen bauen wir Radschnellwege und ein bundesweites Netz von hochwertigen Radfernwegen. Wir wollen die Fahrradmitnahme in allen Zügen durchsetzen. Wir werden Kaufanreize für elektrisch unterstützte Lastenräder einführen, denn sie haben im Lieferverkehr großes Potenzial. In der Straßenverkehrsordnung schaffen wir fahrradfreundliche Regeln wie zum Beispiel den „Grünpfeil“ für Radfahrerinnen und Radfahrer.

SPD

Bezahlbare und **nachhaltige Mobilität**:

Mobilität ist von zentraler Bedeutung für eine fortschrittliche Gesellschaft. Die Bürgerinnen und Bürger sollen mobil sein können – ob privat oder um zu ihrer Arbeit zu kommen. Für die Wirtschaft bedeutet Mobilität einen wichtigen Standortfaktor. Gleichzeitig ist die Modernisierung des Verkehrs entscheidend dafür, dass Deutschland seine Klimaemissionsziele erreicht. Mobilität muss bezahlbar und umweltfreundlich sein.

Deutschland braucht eine **Verkehrswende**. Straße, Schiene, Wasserstraße und Luftverkehr dürfen nicht isoliert betrachtet werden. Wir wollen ein „Bündnis für bezahlbare und nachhaltige Mobilität“ gründen. Im Rahmen dieses Bündnisses werden wir einen verlässlichen Zeitplan erarbeiten, um **Mobilität in Deutschland bis 2050 digital, schadstofffrei, barrierefrei und sicher** zu gestalten.

Den **Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)** werden wir **noch attraktiver** machen. Für den Erhalt und den Ausbau unserer kommunalen Straßen und für den Erhalt, den Ausbau und die barrierefreie Modernisierung des ÖPNV werden wir die Finanzhilfen des Bundes weiter zur Verfügung stellen und an den steigenden Bedarf anpassen.

Gleichzeitig erwarten wir von den Ländern, dass auch sie ab 2019 den ÖPNV mit zweckgebundenen Mitteln bedarfsgerecht ausstatten. Zur Sicherung von Sozialstandards für die Beschäftigten im ÖPNV sind für uns Tariftreue sowie die Anordnung eines Personalübergangs im Falle eines Betreiberwechsels unverzichtbare Bausteine. Im Personenbeförderungsgesetz (PBefG) werden wir klarstellen, dass soziale Standards zum Schutz der Beschäftigten sowie qualitative und ökologische Standards auch für eigenwirtschaftliche Verkehre gelten.

Wir werden **neue Mobilitätskonzepte** wie Carsharing weiter fördern und mit mehr Modellprojekten das Verkehrsangebot im ländlichen Raum stärken. Gute Beispiele dafür sind Ruf- und Bürgerbusse.

Das **Auto** behält seine wichtige Rolle für die individuelle Mobilität, allerdings muss es zu einem **emissionsfreien Verkehrsmittel** weiterentwickelt werden. Wir wollen die **Elektromobilität** sowohl aus klima- als auch aus industriepolitischen Gründen voranbringen. Auf europäischer Ebene setzen wir uns für ambitionierte Grenzwerte für den Schadstoffausstoß von PKWs ein.

Wir wollen, dass in Deutschland modernste Elektroautos entwickelt und produziert werden. Den **Ausbau der Ladeinfrastruktur** in Stadt und Land werden wir fördern. Auch **Brennstoffzellenantriebe und andere** emissionsarme Antriebstechnologien wollen wir am Wirtschaftsstandort Deutschland weiter bei Forschung und Entwicklung stärken.

Wir wollen, dass Pendlerinnen und Pendler nicht permanent im Stau stehen. Wir werden daher mehr investieren, um die **Verkehrswege zu erhalten und auszubauen**. Wir haben beschlossen, die **LKW-Maut für Fahrzeuge über 7,5 Tonnen auf alle Bundesstraßen** auszudehnen. Wir **lehnen jedoch eine Mautpflicht für Fahrzeuge unter 7,5 Tonnen ab**, weil sie vor allem Handwerksbetriebe belasten würde. Die Einnahmen aus der LKW-Maut werden wir einsetzen, um in Straßen und Brücken zu investieren. Wir wollen durch frühzeitige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, weniger Bürokratie und gezielten Personaleinsatz unsere öffentlichen Verkehrswege schneller planen und bauen.

Eine **Privatisierung** der Straßeninfrastruktur und der Infrastrukturgesellschaft Verkehr bleibt **ausgeschlossen**. Öffentlich-Private-Partnerschaften im Straßenbau können nur realisiert werden, wenn deren Wirtschaftlichkeit unter Beteiligung des Bundesrechnungshofs transparent nachgewiesen worden ist.

Die **Infrastruktur für den Fahrradverkehr wollen wir verbessern**. Dazu gehören mehr innerörtliche Fahrradspuren, sichere Abstellmöglichkeiten und regionale Radschnellwege. Für E-Bikes müssen außerdem mehr Ladestationen unter anderem an öffentlichen Gebäuden zur Verfügung gestellt werden.

Pünktlichkeit, guter Service und hohe Qualität müssen das Markenzeichen der Eisenbahnen sein. Die Deutsche Bahn muss im Interesse der Kundinnen und Kunden geführt werden. Für uns steht dabei nicht die Maximierung des Gewinns, sondern die Maximierung des Schienenverkehrs in Deutschland im Vordergrund. Mit den Regionalisierungsmitteln werden wir weiterhin einen attraktiven Schienenpersonennahverkehr sicherstellen. Mit einem Schienenpakt von Politik und Wirtschaft wollen wir bis 2030 dafür sorgen, dass **doppelt so viele Kundinnen und Kunden wie heute die Bahn nutzen**. Dafür werden wir die Schienenmaut für den Personen- und Güterverkehr absenken. Die Eisenbahnen müssen im Gegenzug in mehr Service, mehr Zuverlässigkeit und mehr Innovationen investieren.

Wir werden in allen Großstädten und wichtigen Mittelzentren im Stundentakt optimale Möglichkeiten zum Umsteigen schaffen. Den dafür notwendigen „**Deutschlandtakt**“-Fahrplan werden wir zügig vorlegen und die Schienenwege werden wir modernisieren. Wir werden die Attraktivität von Bahnhöfen fördern und die Sicherheit der Reisenden im Schienenverkehr durch mehr Bundespolizei und Videoüberwachung an Bahnhöfen verbessern.

Fernbusse sorgen dafür, dass man zu bezahlbaren Preisen reisen kann. Mittelständische Busunternehmen leisten hier einen wichtigen Beitrag. Uns ist wichtig, dass in der Fernbusbranche gute Arbeitsbedingungen gewährleistet sind.

Um in der Stadt und auf dem Land die eigenen Wege über alle Verkehrsträger hinweg einfach und **unkompliziert planen, buchen und bezahlen zu können, wollen wir eine digitale Mobilitätsplattform** einführen. Neue Technologien wie Fahrerassistenzsysteme sorgen dafür, dass weniger Menschen im Straßenverkehr ums Leben kommen. Wir wollen automatisiertes Fahren in Deutschland ermöglichen. Dazu werden wir schnelles mobiles Internet an den Hauptverkehrsachsen ausbauen. Datenschutz und Datensicherheit müssen dabei ebenso gewährleistet bleiben wie ein Höchstmaß an Sicherheit.

Wir wollen, dass **mehr Güter über die Schiene und über das Wasser** transportiert werden, um die Straßen und die Umwelt zu entlasten. Deshalb werden wir die Wettbewerbsfähigkeit des Schienenverkehrs verbessern und die Binnenschifffahrt als umweltfreundlichere Alternative zum LKW fördern. Wir setzen uns für eine funktionierende Wasser- und Schifffahrtsverwaltung ein. Wir bauen auf eine starke maritime Wirtschaft und wollen die Innovationskraft unserer Häfen, Reedereien und Schiffbauer im internationalen Wettbewerb stärken. Wir setzen uns auch für die Entwicklung und Nutzung alternativer Energiequellen für die Schifffahrt ein.

...

Verkehr erzeugt Emissionen. Zu viele Menschen in Deutschland leben in Gebieten mit hoher **Lärmbelastung und schlechter Luftqualität**. Wir wollen die Menschen spürbar vor Lärm, Schadstoffen und Umweltgiften schützen. Um die Umweltbelastung in den Innenstädten zu reduzieren, werden wir die Anschaffung von Bussen und Taxis mit alternativen Antrieben sowie die Nutzung von Lastenrädern und die Umrüstung von innerstädtischen Lieferfahrzeugen fördern.

Den Lärmschutz an Autobahnen, Schienentrassen und in der Umgebung von Flughäfen werden wir weiter verbessern. Wir halten an dem Ziel fest, den Lärm im Schienenverkehr in Deutschland bis 2020 zu halbieren. Wichtig ist hierfür die schnelle Umrüstung von lauten Güterwagen. Im Luftverkehr wollen wir die zügige Umsetzung lärmarmen Flugverfahren fördern und Anreize für den Einsatz leiserer Flugzeuge setzen.

Hinweis:

Zusammenfassungen, Markierungen und Weglassungen geben die Auffassung des Autors wider. Die Inhalte sind neutral nach bestem Wissen und Gewissen zusammengestellt. Fehler sind nicht auszuschließen, können benannt werden und würden zu Korrekturen führen.